

## **Beschluss des Landrats vom 08.06.2023**

Nr. 2223

### **12. Neubeurteilung der «gemeinsamen Gesundheitsregion» (GGR) dringend notwendig** 2023/168; Protokoll: md, ps

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

**Sven Inäbnit** (FDP) legt dar, die FDP-Fraktion sei noch immer der Meinung, dass das Postulat überwiesen werden solle. Seit einigen Jahren besteht die gemeinsame Gesundheitsregion. Der Landrat hat sich schon auf vielfältige Art und Weise mit Themen, welche aus diesem Konzept heraus entstanden sind, beschäftigt. Die FDP-Fraktion steht nach wie vor hinter der gemeinsamen Gesundheitsregion. Eigentlich würde sie sogar wollen, dass sie weiter ausgebaut wird. Nach den ersten Jahren wäre zu überlegen, wie auch die anderen Regionen im Raum Nordwestschweiz miteinbezogen werden könnten. Auf der anderen Seite sieht die FDP in diesem Konzept viele kritische Aspekte. Es gibt zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft Unterschiede beim Staatsverständnis, dem Verständnis zur Rolle des Staates. Das wusste man bereits vorher. Trotzdem wurde das Konzept gestartet. Es gab dann tatsächlich diverse Friktionen, welche zu Stirnrünzeln von Seiten Kanton Basel-Landschaft geführt haben. Nun ist es an der Zeit, eine Auslegeordnung zu machen. Wo steht Basel-Landschaft im Verhältnis zwischen den beiden beteiligten Kantonen? Wer hat welches Verständnis davon, wie sich das Konzept weiterentwickeln soll, wie es gesteuert werden soll und wo die Prioritäten liegen. Auch das Verständnis der Gleichberechtigung sollte noch einmal ganz klar angeschaut werden. Deshalb hat sich die FDP-Fraktion dazu entschieden, dieses Postulat einzureichen. Dieses soll ergebnisoffensein. Es steht keine versteckte Agenda dahinter und zielt nicht darauf ab, zu privatisieren, abzubauen oder den Vertrag zu kündigen. Das ist nicht das Ziel der FDP. Aber es ist höchste Zeit, aus Sicht des Kantons Basel-Landschaft eine Auslegeordnung zu machen. Es müssen Fragen analysiert werden wie: Was hat das Ganze bisher gebracht? Ist man gut unterwegs? Wo braucht es gewisse Anpassungen? Kann man es verbessern? Können Konflikte gelöst werden? Kann eine Klärung der Rolle des Kantons herbeigeführt werden? Die FDP-Fraktion bittet die Landratsmitglieder, das Postulat zu unterstützen. Die neue Legislatur bringt auch die Chance für die Direktion und den neuen Direktionsvorsteher, eine Auslegeordnung zu machen und mit der Kommission und dem Landrat zu beraten, wie eine sinnvolle Weiterentwicklung der GGR und des Staatsvertrags allenfalls aussehen könnte. Deshalb hält die FDP-Fraktion am Postulat fest und hofft, dass auch die anderen Fraktionen es als Mittel zur Stärkung der gemeinsamen Gesundheitsregion gesehen wird.

**Urs Roth** (SP) dankt der FDP-Fraktion für den Vorstoss, weil er dem Regierungsrat die Gelegenheit geboten habe, sich zu diesem Thema zu äussern. Der Regierungsrat hat sehr differenziert auf das Postulat geantwortet. Die Begründungen des Regierungsrats sind nachvollziehbar. Deshalb wird die SP-Fraktion das Postulat einstimmig ablehnen. Der FDP-Fraktion ist durchaus zuzugestehen, dass es negative Beispiele gibt. Urs Roth teilt die Auffassung seines Vorredners in diesem Punkt. Einzelne wurden im Postulat ja auch genannt, zum Beispiel das Dialysezentrum, welchem auch die SP-Fraktion sehr kritisch gegenüber steht. Es soll auf basellandschaftlichem Boden des USB realisiert werden und wird letztlich zu einer Überkapazität führen. Auch die Fehlplanung einzelner Häuser – aktuell ist das Felix Platter Spital in aller Munde, welches eine Wertberichtigung von gegen CHF 100 Mio. vornehmen musste oder auch das Kantonsspital Aarau, bei welchem die öffentliche Hand CHF 240 Mio. nachschliessen musste. Das sind durchaus Beispiele von Fehlplanungen. Die SP-Fraktion unterstützt es selbstverständlich, dass diese kritisch angeschaut wer-

den. Aber es ist fraglich, welche Massnahmen hierbei die wirksamsten sind. Es sind alles öffentliche Häuser, es gibt Eigentümerstrategien dazu und Eignergespräche. Es ist sinnvoller, wenn man darüber direkten Einfluss nimmt und versucht, solche Fehlplanungen zu verhindern. Urs Roth ist nicht generell gegen eine Evaluation der GGR. Die Grundsätze sollen nach einer gewissen Zeit durchaus hinterfragt werden. Aber die SP-Fraktion stellt aufgrund der Begründung des Regierungsrats in Frage, ob jetzt der richtige Zeitpunkt dafür ist. Es wäre ein falsches Signal. Der Zeitpunkt ist falsch, weil nicht einmal in der Akutversorgung, zu welcher ein gemeinsamer Planungsbericht und eine Spitalliste vorhanden sind, der erste Schritt, ein Abschluss des Verfahrens, vollzogen ist. Es gibt auch dort noch hängige Rechtsverfahren. Diese gilt es zuerst abzuwarten. Bei der Psychiatrie und bei der Rehabilitation sind diese langfristigen, langwierigen Prozesse erst eingeleitet. Der Rehabilitationsplanungsbericht wurde gerade erst veröffentlicht. Es gibt in diesem Bereich noch keine gemeinsame Spitalliste. In der Psychiatrie ist es erst am 1.1.2024 soweit. Und wenn der Redner richtig informiert ist, wird es bei der Rehabilitation am 1.1.2025 soweit sein. Deshalb wird um Verständnis für die Argumentation des Regierungsrats gebeten. Man soll dann evaluieren, wenn solche Prozesse erstmalig abgeschlossen sind. Es wäre also sinnvoll, in den Jahren 2026 oder 2027 eine Gesamtevaluation aus Sicht des Kantons Basel-Landschaft zu machen. Bei einzelnen Dossiers wie z. B. der Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen und besonderen Leistungen (GWL) muss vorher evaluiert werden. Dazu wird auch die VGK entsprechendes Grundlagenmaterial erhalten, bevor wieder Mittel für die GWL gesprochen werden. Aber eine Gesamtevaluation der Planungsprozesse ist momentan verfrüht. Es wird damit auch ein falsches Signal an den Kanton Basel-Stadt ausgesendet. Den Vorstoss zu überweisen wäre keine Stärkung, wie Sven Inäbnit es dargelegt hat, sondern vielmehr ein in-Frage-Stellen. Vor allem, wenn man die letzten Punkte anschaut. Die SP-Fraktion meint, die Prozesse sollen erst durchgeführt und erst danach alle diese Fragen gestellt werden.

**Peter Brodbeck** (SVP) sagt, die Antworten des Regierungsrats seien für die SVP-Fraktion schlüssig. Dazu gebe es nichts Weiteres zu sagen. In seinem Votum hat Urs Roth, der über ein grosses Hintergrundwissen im Gesundheitswesen verfüge, es auch weiterführend gut begründet und erläutert. Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag des Regierungsrats und lehnt das Postulat ab. Es ist im Moment einfach noch nicht der Zeitpunkt, eine solche Überprüfung durchzuführen.

**Rahel Bänziger** (Grüne) betont gleich zu Beginn, dass die Grüne/EVP-Fraktion dem Postulat einstimmig zustimmen werde. Bezüglich der Evaluation hatte die Fraktion zuerst auch eine wenig das Gefühl, dass es etwas früh dafür sei, da die Zusammenarbeit noch nicht weit fortgeschritten ist. Aber alle aufgeführten Konfliktpunkte wie die Dialysestation oder dass der Kanton Basel-Stadt dem Kanton Basel-Landschaft bei der Weiterbildungsvereinbarung nicht entgegen kommt, zeigen, dass eine Evaluation trotzdem jetzt schon angegangen werden muss. Es ist dann einfach der Anfang der Evaluation. Es ist klar, dass es noch keine Gesamtsicht geben kann, dafür ist es schlicht zu früh. Aber es sind bisher doch einige Dinge passiert, auf Grund derer der Kanton Basel-Landschaft darauf achten muss, dass er nicht den Kürzeren zieht. Urs Roth hat gesagt, der Kanton habe über die Eignerstrategie Einfluss auf gewisse Häuser. Aber in den Augen von Rahel Bänziger ist dieser Einfluss viel zu gering. Und vor allem beschränkt er sich nur auf die eigenen Häuser. Gemäss dem Wissensstand der Rednerin ist es so, dass der Kanton Basel-Stadt dem Universitätsspital etwa CHF 34 Mio. GWL pro Jahr bezahlt. Wenn das keine Verzerrung des Marktes ist, dann weiss Rahel Bänziger nicht, wie das noch klarer aufgezeigt werden kann. Es ist nicht so, dass die Grüne/EVP-Fraktion den Prozess in Frage stellen. Aber es darf kritisch evaluiert werden, wo der Kanton Basel-Landschaft steht und in welche Richtung er gehen will. Vielleicht ist es einfach auch gut zu wissen, was die Schritte wären, falls Basel-Landschaft im weiteren Prozess nicht besser von Basel-Stadt einbezogen wird. Es wäre eine Art Plan B. Beim ersten Punkt war die Grüne/EVP-Fraktion etwas hin und her gerissen, ob es zu früh ist, aber sie kam zum Schluss, dass

man schon mal mit der Evaluation beginnen kann. Beim zweiten Punkt des Postulats – dass die GWL harmonisiert werden muss – ist die Fraktion völlig einverstanden. Erst 2025 damit zu starten, ist den Grünen eindeutig zu spät. Vor allem auch der Punkt vier, dass man sich wenigstens einmal Gedanken zu einem Plan B macht, ist mehr als angezeigt.

**Marc Scherrer** (Die Mitte) zeigt sich dankbar für das Postulat. Es widerspiegelt ein Stück weit auch das, was in der VGK immer wieder besprochen wird. Es gibt gewisse kritische Aspekte, welche auch im Postulat oder der Antwort des Regierungsrats genannt werden, bei welchen es durchaus Sinn macht, sie genauer zu untersuchen. Unabhängig davon, wie das Resultat ausfallen wird, macht es sicher Sinn, das alles kritisch zu hinterfragen. Zudem ist auch wichtig, was Sven Inäbnit in seinem Votum noch angefügt hat: Es soll ergebnisoffen geprüft werden. Es ist eine Chance für die neue Zusammensetzung im Landrat, in der VGK und im Regierungsrat. Ebenso wichtig ist der Zusatz, dass es bei dem Ganzen nicht darum geht, die Zusammenarbeit zu kündigen. Es stimmt, dass man aufpassen muss, welche Signale an Basel-Stadt ausgesendet werden. Aber wenn man an die letzte Landratssitzung zurückdenkt, an welcher es darum ging, die Vereinbarung zur Finanzierung der Weiterbildungsfinanzierung zu bestimmen, wusste der Landrat auch schon, dass damit kein gutes Zeichen nach Basel-Stadt geschickt wird. Der Landrat hat den Regierungsrat damit beauftragt, mit dem Kanton Basel-Stadt zu verhandeln, weil er das Gefühl hat, das System ist nicht mehr ausgeglichen. Die Mitte/glp-Fraktion wird das Postulat einstimmig unterstützen.

**Sven Inäbnit** (FDP) will auf einige Punkte von Urs Roth replizieren. Der Regierungsrat hat eine sehr defensive Haltung. Er probiert, alles ein wenig zu erklären. Aber für Sven Inäbnit heisst GGR einerseits gemeinsame Gesundheitsregion aber andererseits auch gemeinsame Geistesregion. Aber das spürt man im Moment nicht. Dies hat auch die Grüne/EVP-Fraktion und Mitte/glp-Fraktion bestätigt. Auch der Vorwurf, mit dem Postulat werden falsche Signale an Basel-Stadt gesendet, irritiert. Schliesslich erhält Baselland dauernd falsche Signale von Basel-Stadt. Jetzt darf auch der Kanton Basel-Landschaft einmal aussenden, was seine Erwartungen und Hoffnungen sind. Das sind nicht falsche Signale, sondern es geht darum zu zeigen, dass man auf Augenhöhe miteinander debattiert und verhandelt. Dies mit dem Ziel, letztlich auch eine gewisse Harmonisierung zu erreichen. Es kann nicht alles nur mit unterschiedlicher Gesetzgebung in den beiden Kantonen begründet werden. Es soll ein gemeinsames Projekt realisiert werden. Dieses Projekt läuft schon seit vier Jahren, es ist seit dem 1.7.2019 in Kraft. Seither konnten viele, auch teil schmerzliche Erfahrungen gemacht werden. Natürlich sind noch nicht alle Projekte abgeschlossen und können noch nicht final evaluiert werden. Aber es kann evaluiert werden, wie das Verhältnis zwischen den beiden Kantonen ist. Ferner ist auch der Einfluss auf die Häuser sehr beschränkt. Die Eigenstrategie gilt nur für die eigenen Häuser. Aus allen diesen Gründen bittet der Redner alle, das Postulat zu überweisen.

**Pascale Meschberger** (SP) ist mit vielen Aussagen des Vorredners einverstanden. Bezüglich der Gesundheitsregion brauche es noch viel mehr. Jedoch lehnt sie den Vorstoss insbesondere wegen des vierten Punkts ab. Man müsse sich wehren und hinschauen, was nicht gut läuft. Um im Gesundheitswesen jedoch auf einen grünen Zweig zu kommen, muss überregional gedacht werden – es braucht dazu mehrere Kantone, Basel-Stadt und Basel-Landschaft reichen nicht. Es bräuchte eigentlich eine schweizweite Koordination. Die Finanzen sind ein Grund, aber nicht der wichtigste. Das Gesundheitswesen ist gut und muss erhalten werden, ebenso der Universitätsstandort. Die Kantone müssen zusammenarbeiten. Der Kanton Basel-Landschaft kann selbstbewusst auftreten; er hat ebenfalls eine gute Versorgung. Jedoch kommt es nicht in Frage, dass die Gesundheitsregion grundsätzlich in Frage gestellt wird. Allenfalls kann ein neuer Vorstoss eingereicht werden. In dieser Form kann die Rednerin den vorliegenden Vorstoss nicht annehmen. Es geht auch um den Fachkräftemangel, die Qualität der Medizin, die auch in Zukunft eher in grösse-

ren Häusern gewährleistet werden kann, weil sie immer komplexer wird und es Allgemeinwissen-schaftler und –wissenschaftlerinnen bald nicht mehr gibt und die Dienstleistungen nicht mehr ge-währleistet werden können. Man muss gross denken und kann nicht wieder ganz klein beginnen. Hinterfragen ist wichtig und auch fragen, was besser gemacht werden kann, erscheint wichtig.

**Urs Roth** (SP) ist dafür bekannt, in den einzelnen Dossiers klare Signale zu senden und war nicht ganz unbeteiligt, auch als im Rahmen der Weiterbildungsfinanzierungsvorlage ein klares Signal nach Basel geschickt wurde. Nun geht es um eine andere Materie, nämlich den gesamten Ge-sundheitsraum. Dazu muss Stellung bezogen werden. Es wäre falsch, heute zum gemeinsamen Gesundheitsraum eine Evaluation zu fordern, denn der Prozess ist erst zur Hälfte durch.

**Rolf Blatter** (FDP) weist darauf hin, dass alle jammern, wenn es um die neuen Krankenkassen-prämien gehe. Mit der Umsetzung der gemeinsamen Gesundheitsregion sollen die Gesundheitskosten im Griff behalten und auch reduziert werden. Werden nun Überkapazitäten geschaffen werden, beispielsweise im Dialysegeschäft, und mit den Schultern gezuckt wird – und im Herbst führen die Gesundheitskosten wieder zu höheren Krankenkassenprämien, dann kann dies nicht im Sinn des Landrats sein. Deshalb macht Rolf Blatter beliebt, das Postulat zu überweisen.

**Andreas Dürr** (FDP) gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass die SP-Fraktion Sven Inäbnit zwar zustimme, das Postulat jedoch trotzdem nicht überweisen wolle. Man muss Basel-Stadt auch zei-gen, dass man nicht alles mit dem Kanton Basel-Landschaft machen kann. Es handelt sich nicht um eine Aufkündigung der gemeinsamen Gesundheitsregion, sondern es soll gesagt werden, nun sei es genug nach dem Dialysezentrum, mit den Subventionen etc. Es sind sehr viele Dinge ge-schehen, und solange Basel-Landschaft nichts sagt, macht Basel-Stadt weiter wie bisher. Der Landrat muss geschlossen ein Zeichen setzen. Deshalb ist es ein grosses Anliegen, dass die SP-Fraktion auch dabei ist. An der gemeinsamen Gesundheitsregion wird festgehalten, aber es wird genau hingeschaut und alles kann nicht getan werden. Urs Roth ist ebenfalls der Meinung, dass evaluiert wird, allerdings ist es dafür seiner Meinung nach zu früh, man befinde sich in der Halbzeit des Prozesses. Sieht Andreas Dürr, dass etwas nicht richtig läuft, versucht er bereits in der Halb-zeit zu korrigieren – und nicht erst dann, wenn alles an die Wand gefahren ist. Es vergehen zudem zwei Jahre, bis das Postulat beantwortet ist. Diese zwei Jahre wird es dauern, wenn die Frist nicht sogar verlängert wird. Gibt man nun nicht den Startschuss, um allenfalls aufzuzeigen, in welche Richtung es mit Basel-Stadt gehen soll, versteht er das nicht. Die SP-Fraktion soll sich einen Ruck geben: Der Landrat steht zusammen als Baselbieter, und Basel-Stadt wird die Flagge gezeigt.

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, die Beantwortungsfrist für ein Postulat betrage ein und nicht zwei Jahre.

**Marc Scherrer** (Die Mitte) merkt an, bis ein Postulat im Landrat behandelt werde, dauere es dann trotzdem manchmal zwei Jahre. Einige Anmerkungen zu den Voten der SP-Mitglieder, ohne einen Grabenkampf eröffnen zu wollen: Es ist erstaunlich, wenn Pascale Meschberger sagt, es müsse gross gedacht werden. Es war nicht der Kanton Basel-Landschaft, der die Spitalfusion ablehnte. Bevor man noch grösser denkt und auch Solothurn und Aargau einbezieht – wogegen der Redner nichts hat – ist zu berücksichtigen, dass Basel-Stadt nicht gross denkt. Deshalb ist es wichtig, dass Basel-Landschaft für sich schaut, denn die anderen Kantone tun dies auch. Dornach baut aus, und es kann nicht sein, dass Basel-Landschaft zwischen Stuhl und Bank fällt, weil der Kanton nichts tut. Der Landrat ist für Basel-Landschaft verantwortlich. Wenn Urs Roth sagt, es handle sich um unterschiedliche Dinge, so stimmt das nicht. Es hängt sehr viel zusammen: Weiterbildungsfinan-zierung, UKBB etc. – es können nicht einzelne Mosaiksteine herausgetrennt und nur darüber ver-handelt werden. Dies sagte auch Regierungsrat Thomas Weber an der letzten Sitzung. Am



Schluss ist es ein Gesamtkonstrukt und es braucht eine gemeinsame Verhandlungsbasis. Es braucht eine Gesamtstrategie, die heute nicht vorhanden ist. Deshalb ist es wichtig, dies nochmal kritisch zu hinterfragen – ohne Prämisse einer Kündigung. Am besten wäre es, die beiden Kantone würden zusammenarbeiten, aber es kann nicht sein, dass Basel-Stadt nur für sich schaut und Basel-Landschaft zwischen Stuhl und Bank fällt.

**Anita Biedert** (SVP) hält fest, die Gesundheitskosten seien in aller Munde. Die Verantwortung liegt beim Landrat. Das Postulat wird von ihr zu 100 % unterstützt. Eine kritische Neubeurteilung ist beinahe zwingend. Auch die Bevölkerung wünscht dies. Wichtig sind gleich lange Spiesse von öffentlichen und privaten Spitalern. Es kann nicht sein, dass das Baselbiet benachteiligt wird. Dies soll untersucht werden. Man darf die ganze Situation durchaus mit einem wachen Auge betrachten. Es erscheint klug, dem Postulat zuzustimmen.

**Rahel Bänziger** (Grüne) hat bei Punkt 4 auch zuerst gedacht, dieser sei ein «No Go». Dann hat sie ihn zum zweiten Mal gelesen. Es heisst: «*Ein Ausstiegszenario aus dem Vertrag aufzeigen, sollte sich zeigen, dass der Staatsvertrag für BL in Summe unvorteilhaft ist und/oder mit dem Partner BS keine Übereinkunft zu den fraglichen Punkten gefunden werden kann.*» Würde in der Weiterbildungsvereinbarung oder bezüglich Dialysestation kein gemeinsamer Nenner gefunden, dass der Kanton Basel-Landschaft nichts dazu sagen kann und ohne Absprache gehandelt wird, so hat der GGR auch nachteilige Auswirkungen für den Kanton. Dann ist es legitim, sich zu überlegen, was der Plan B wäre und wie ein Ausstieg erfolgen könnte – nicht mit dem Hauptfokus, dass dieser Plan verfolgt werden soll, sondern dass dies als Verhandlungsstrategie aufgenommen werden soll: Wenn man sich nicht einig ist, sollte man als As im Ärmel haben und sagen, es ist ernst. Auch aus verhandlungsstrategischer Sicht sollte dies angeschaut werden.

**Christina Jeanneret-Gris** (FDP) sagt, eigentlich seien sich alle einig und wollten dasselbe: Die Gesundheitskosten senken, zusammenarbeiten und den GGR stützen. Bezüglich des Wegs gibt es Differenzen. Es sollte das getan werden, was im Postulat von Sven Inäbnit steht. Es ist mehr als vier Jahre her. Es gab Signale aus Basel, die sehr ärgerlich waren. Die Spitalfusion beider Kantone kam nicht zustande, und darunter leidet man heute noch. Es war ein Rückschritt. Dieses Signal aus Basel-Stadt war sehr stark. Deshalb hat die Rednerin keine Skrupel, nun ein gegenteiliges Signal zu senden und zu sagen: Zurück auf Feld 1, das Ganze wird nochmals angeschaut. Es braucht eine gute Verhandlungsposition. Die Zusammenarbeit soll umgesetzt werden, aber auf gleicher Augenhöhe. Das Postulat soll überwiesen werden.

Regierungsrat **Thomas Weber** (SVP) sagt, gewisse Dinge könnten nicht wegdiskutiert werden, beispielsweise die Patientenströme. Die bewegen sich im Raum nördlich des Jura – im gemeinsamen Gesundheitsraum – unabhängig davon, wie man sich organisatorisch aufstellt. Man kann sich mehr oder weniger geschickt aufstellen. Der Staatsvertrag über Planung, Regulation und Aufsicht – einer der beiden Staatsverträge, die 2019 angenommen wurden – ermöglicht, dies auf Planungsstufe zu berücksichtigen. Seither wurde in mehreren Planungszyklen gearbeitet und beispielsweise gleichlautende Spitalisten geschaffen. Früher hat jeder Kanton seine Leistungsaufträge frei vergeben. Damit konnte ein gewisser Einfluss auf den Nachbarkanton genommen werden. Im Unispital werden sehr viele Leute aus dem Kanton Basel-Landschaft behandelt. Ohne Staatsvertrag entfällt die Mitsprache- und Steuerungsmöglichkeit. Die Verhandlungstaktik kann einbezogen werden, aber die übergeordneten Ziele lauten: Die optimierte Versorgung der Patientinnen und Patienten in diesem Raum, die Dämpfung des Kostenanstiegs und die Sicherung der Hochschulmedizin in der Region. Auch bezüglich der partnerschaftlichen Trägerschaft der Universität gibt es immer wieder Diskussionen bezüglich der Auslegung und Detailgestaltung des Staatsvertrags. Der Wortlaut des Postulats stimmt nicht ganz mit dem hier im Saal Gesagten überein: Hier

wurde gesagt, man wolle nicht kündigen, aber im Postulat steht etwas anders. Es sollen Signale gesendet werden. Die Dialysestation solle verhindert werden. Das sind Ärgernisse, jedoch operative Feinheiten im Vergleich zu den strategischen Werten, die ein Stück weit auf dem Spiel stehen. Deshalb ist der Regierungsrat der Meinung – auch mit Blick auf die Planungszyklen, von denen der erste noch nicht abgeschlossen ist – dass es nicht zweckmässig erscheint, ein Signal auszusenden im Sinne von: Basel-Stadt ist blöd, Basel-Landschaft auch und im schlimmsten Fall werden Mauern um den Kanton gebaut. Das kann getan werden, bringt jedoch nichts. Es gibt eine Grundlage, die vom Volk in beiden Kantonen mit über 80 % angenommen wurde, und im Moment gibt es keine Veranlassung, diese über Bord zu werfen. Eine Kündigung sei nicht das Thema, wurde gesagt, aber der Plan B – Mauern um den Kanton und in Gelterkinden und Laufen noch ein Spital zu bauen – ist keine Option. Aus diesem Grund empfiehlt der Regierungsrat, dieses Postulat abzulehnen, wäre jedoch bereit, eines, das der hier geführten Debatte entspricht, entgegenzunehmen.

://: Mit 59:21 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

---